Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich bis auf Weiteres zweimal: Mittwoch und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 Mk. Vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung resp. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Kopfzeile oder deren Raum 1 Mk., für Auswärtige 1,25 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 1spaltige Petitzeile 2,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

49. Jahrgang. Mit der Beilage: Amtliches „Namslauer Kreisblatt." Fernsprecher 224

Nr. 73. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Mittwoch, den 14. September. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1921.

Rücktritt des bayrischen Ministerpräsidenten von Kahr.

Wegen Ablehnung eines Zusatzantrages zum Berliner Kompromiß.

WTB. **München**, 11. September. Die Korrespondenz Hoffman meldet amtlich: Nach den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses von gestern, sollte die bayrische Regierung gegenüber der Reichsregierung sich bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zeitungsverbote entsprechend den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses geändert werde. Die bayrische Regierung beantragte heute bei dem ständigen Landtagsausschuß noch den Zusatz, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann näher getreten werden soll, wenn die Verhältnisse es gestatten werden. Dieser Zusatz wurde in der Sonntagssitzung vom ständigen Landtagsausschuß mit Beschluß der Mehrheit abgelehnt. Deshalb treten Ministerpräsident von Kahr und Justizminister Dr. Roth zurück. Der Ministerrat tritt morgen vormittag zusammen.

München, 11. September. Nach einer Tagung des Ministerrats am Vormittag und nach Besprechungen der Führer der Koalition heute Nachmittag, trat der ständige Ausschuß des Landtages wieder zusammen. Der Ausschußvorsitzende Held teilte mit, daß sich der Ministerrat mit den Vorschlägen des Ausschusses einverstanden erklärt habe, mit Ausnahme der Schlußstelle, da die Staatsregierung nicht in der Lage sei, für eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes einzutreten. Sie sei aber bereit, dies zu tun, sobald sich zeige, daß die Gefahr in Franken und gewisse Putschgelüste nicht mehr bestehen. Sie wünscht deshalb folgenden Schlußpassus angefügt: „Sobald es die Verhältnisse erlauben." Bei der Abstimmung, der eine längere Aussprache vorangegangen war, wurde der Zusatzantrag der Regierung mit allen gegen die Stimmen der Bayrischen Mittelstandspartei (Konservativen), Deutschnationalen Volkspartei und einen Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei (Zentrum) abgelehnt. Aus diesem Beschluß hat, wie zu erwarten war, der Ministerpräsident Dr. von Kahr die Folgerungen gezogen. Er erklärte in dem am Nachmittage abgehaltenen Ministerrat seinen Rücktritt, ebenso der Justizminister Dr. Roth, der der Bayrischen Mittelpartei angehört. In der Regierung des neu zu wählenden Ministerpräsidenten dürfte die Bayrische Mittelpartei kaum mehr vertreten sein.

*

Kahrs Rücktritt.

Die bayrische Krise hat eine nicht ganz unerwartete Lösung gefunden. Der Ministerpräsident Dr. von Kahr ist zurückgetreten. Ihm hat sich der Justizminister Dr. Roth angeschlossen. Die unmittelbare Ursache des Rücktritts ist darin zu sehen, daß der ständige Ausschuß des Landtages am 11. September ablehnte, dem Zusatzantrag des Ministerpräsidenten über die Aufhebung des Belagerungszustandes beizutreten. Während die Mehrheit des Ausschusses glaubte, daß eine Verständigung mit Berlin gesucht und gefunden werden müßte, beharrte Dr. von Kahr darauf, daß als Preis für die Verständigung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes nicht gezahlt werden könnte.

Dazu mag sich Herr von Kahr hauptsächlich aus staatspolitischen Gründen veranlaßt gesehen haben. Die Aufhebung des Belagerungszustandes würde von den Führern der Linken als ihr Erfolg ausgerufen worden sein, dem Druck der Straße aber wollte Dr. von Kahr nicht weichen, wenn er auch Berlin an sich das Opfer gebracht haben würde. Ob Dr. von Kahr hier nicht weiter gesehen hat, als die Mehrheit des Ausschusses, wird sich bald zeigen.

Auch die Parteien der bisherigen bayrischen Koalition, die Kahrs Rücktritt jetzt zulassen, sind sich einig in der Verteidigung des bayrischen Standpunktes, denn die Vermittlungsvorschläge der Mehrheit des ständigen Ausschusses lassen an der Verordnung des Reichspräsidenten nicht mehr viel übrig. Erklärt sich die Reichsregierung bereit, diese Vorschläge anzunehmen, so ist die Verordnung ein Messer ohne Klinge. Was den Ausnahmezustand anbetrifft, zeigen die Vorgänge in Franken, daß der Gleichgewichtszustand noch nicht gefunden wurde und daß ernste Erschütterungen zu befürchten sind.

Allein der ständige Ausschuß hat nun anders entschieden. Bayrisches Zentrum und Demokraten haben für die Vorschläge die Unterstützung der Sozialisten gefunden. Damit ist der bisherige Parteiverband gesprengt. Die Mittelpartei, die die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei umfaßt, wird austreten, Sozialisten dürften dafür eintreten, obschon sie parlamentarisch nicht viel bedeuten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß, wenn Dr. von Kahr sich zur Auflösung des Landtages entschlossen hätte, aus den Wahlen für ihn eine große und sichere Mehrheit hervorgegangen wäre. Dr. von Kahr kann für sich in Anspruch nehmen, daß die Mehrheit des bayrischen Volkes seiner Politik zustimmt. Allein er konnte den Landtag nicht auflösen, weil er wenigstens für die Dauer der Wahlbewegung auch den Belagerungszustand hätte aufheben müssen. Das wußten seine Gegner, weshalb sie mit aller Kraft ihre Anstrengungen auf dem einen Punkt vereinten.

Wenn die neue Regierung sich am Mittwoch dem Landtage vorstellen wird, wird ihre erste Tat die Aufhebung des Belagerungszustandes sein. Die Führung wird wohl der Bayrischen Volkspartei, also dem Zentrum, verbleiben.

Es läßt sich noch nicht übersehen, wie das bayrische Volk den Rücktritt Kahrs aufnimmt. Es wird ihn wieder holen, wenn das Manometer auf Gefahr steht.

*

Wer wird Nachfolger sein?

München, 12. September. In politischen Kreisen hat der Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr nicht überrascht, da man im Zusammenhang mit dem Vorangegangenen bereits damit gerechnet hatte. Es besteht Grund zu der Annahme, daß mit Ausnahme von Kahr und Dr. Roth sämtliche anderen Minister bleiben werden. Die Koalition dürfte künftig allein voraussichtlich aus der Bayrischen Volkspartei, aus den Demokraten und aus dem Bayrischen Bauernbund bestehen, also eine recht kleine Plattform haben. Zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten und zur Entgegennahme des Rücktritts von Kahr wird alsbald das Plenum des Landtages einberufen werden. Als Nachfolger Kahrs dürfte voraussichtlich wohl nur der Abgeordnete der Bayrischen Volkspartei von Knilling, in Betracht kommen, der bis zum November 1914 der bayrischen Regierung als Kultusminister angehörte.

Wtb. **München**, 12. September. Zum Rücktritt des Ministeriums Kahr sagt die Staatszeitung: Das Vertrauen, mit dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Kahr steht, ist durch den Verlauf, den die Verhandlungen über die Beseitigung des Ausnahmezustandes genommen haben, nicht im mindesten erschüttert worden. Als Regierung der Ruhe, der Ordnung, der Wiedererrichtung der Staatsautorität und des Wiederaufbaues hat sich das Ministerium Kahr derart bewährt, daß sein Entschluß, so durchaus folgerichtig und unvermeidlich er nun einmal durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten war, ebenso bedauert werden muß, wie der Entschluß des Ministerpräsidenten selbst. Das weitere steht nun beim Landtag, über dessen Zusammenhang bis zur Stunde noch nichts bekannt ist.

Vom 1. Oktober d. Js. ab

Trennung des Namslauer Kreisblattes vom Namslauer Stadtblatt.

An unsere sehr geehrten Leser in Stadt und Land!

Durch amtliche Bekanntmachung im Kreisblatt Nr. 69 wurde mitgeteilt, daß vom **1. Oktober d. Js. ab** das **Namslauer Kreisblatt** vom **Namslauer Stadtblatt** laut Kreisausschußbeschluß **getrennt** erscheinen wird.

Anschließend an diese Bekanntmachung benachrichtigen wir unsere sehr geehrten Leser hiermit, daß vom **1. Oktober d. Js. ab** das Namslauer Stadtblatt wohl wie bisher

jeden Mittwoch und Sonnabend

vormittags erscheint aber **nicht mehr** das Namslauer Kreisblatt **als Beilage erhält**, sondern dieses vom **1. Oktober ab für sich**

jeden Dienstag und Freitag

vormittag ausgegeben werden wird.

Unsere sehr geehrten Leser bitten wir das Abonnement auf diese beiden Blätter von nun an getrennt und sobald wie möglich aufgeben zu wollen. Ganz besonders möchten wir die sehr geehrten Leser auf dem Lande darum bitten, das Abonnement bei den Posthilfsstellen und Briefträgern für die beiden Blätter rechtzeitig aufzugeben, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Inserate für das Namslauer **Stadtblatt** bitten wir **bis spätestens Dienstag** und **Freitag vormittag 10 Uhr**, für das Namslauer **Kreisblatt bis spätestens Montag** und **Donnerstag vormittag 10 Uhr** aufzugeben.

Durch die ständig steigenden Betriebskosten sind wir gezwungen, trotz der getrennten Ausgabe der beiden Blätter, den alten Abonnementspreis beizubehalten, sodaß der **Vierteljahrbezugpreis** des **Stadtblattes** wie des **Kreisblattes** in der Geschäftsstelle 5,75 M., in den Verkaufsstellen 6,00 M., durch die Post bezogen 6,30 M. beträgt.

Wir bitten unsere sehr geehrten Leser in Stadt und Land, trotz der Trennung der beiden Blätter diesen die alte Anhänglichkeit zu bewahren und besonders das fast 50 Jahre bestehende Namslauer Stadtblatt in Freunden- und Bekanntenkreisen zu empfehlen, sodaß es bald keiner Familie in Stadt und Land fehlen möge.

Hochachtungsvoll ergebenst

Expedition des Namslauer Stadtblattes und des Namslauer Kreisblattes.

O. Opitz.

Inh.: **Karl Opitz & Elise Gollasch.**

Wir bitten die sehr geehrten Leser besonders auf dem Lande sich der in der Beilage abgedruckten Bestellzettel zu bedienen.

Reichsregierung und Bayern.

Zusammentritt des Achterausschusses des Reichstages.

Berlin, 12. September. Die Reichsregierung hat zu dem Ergebnis der Münchner Beratungen noch keine Stellung genommen. Bis in die Abendstunden war an die Reichsregierung von München aus eine Rückfrage über die Fassung des § 4 noch nicht erfolgt. Heute vormittag um 10 Uhr tritt der Achterausschuß des Reichstages zusammen, der sich eingehend mit den Münchener Vorgängen zu befassen haben wird. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die sozialistischen Parteien einen Antrag auf Einsetzung der Reichsexekutive einbringen werden. Das Reichskabinett hat weder gestern noch vorgestern getagt, um sich mit dem bayrischen Konflikt zu befassen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es dem Achterausschuß des Reichstages nicht vorgreifen will.

München, 12. September. Infolge des Rücktritts des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr und des Justizministers Dr. Roth sind die Führer der bayrischen Koalitionsparteien noch am gestrigen Sonntag zusammengetreten, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Gerüchte, daß die gesamte Staatsregierung zurückgetreten sei oder zurücktreten werde, sind unzutreffend, ebenso die Meldung, daß der ständige Landtagsausschuß statt am Mittwoch bereits morgen wieder zusammentreten wird. Pressäußerungen zu den Ereignissen des Sonnabends liegen noch nicht vor, weil in München keine Montagmorgenblätter erschienen. In politischen Kreisen war gestern abend die Ansicht verbreitet, daß Herr von Kahr nach Ueberwindung der Schwierigkeiten mit dem Reiche sich wohl bereit finden werde, das Ministerpräsidium beizubehalten oder wieder zu übernehmen. An gut unterrichteter Stelle findet dieses Gerücht aber vorläufig keinerlei Bestätigung.

Deutschlands Recht auf Aufhebung der Sanktionen.

Da Frankreich durch fortgesetztes Ränkespiel die Aufhebung der Sanktionen immer wieder zu verzögern sucht, so muß die ganze öffentliche Meinung Deutschlands in Verbindung mit der Reichsregierung vor aller Welt klarlegen, daß Deutschland ein verbrieftes Recht auf die Aufhebung der Sanktionen besitzt. Deutschland hat die erste Milliarde Goldmark pünktlich bezahlt und laut dem Beschluß des Obersten Rates der Verbandsmächte hat Deutschland die Aufhebung der Sanktionen schon am 15. September zu erwarten, denn der Oberste Rat hatte entschieden, daß die Zollschranken am 15. September fallen sollen, wenn Deutschland bis zum 31. August die erste Milliarde Goldmark bezahlt. Das ist nun geschehen, aber man weiß immer noch nicht, wie und wann die Zollschranken aufgehoben werden sollen. Ueber die Frage der Aufhebung der Sanktionen zum 15. September wird der „Voss. Ztg." von maßgebender Seite aus Düsseldorf gemeldet, daß die Verhandlungen darüber und über die Bildung der Kontrollkommission der Verbandsmächte noch nicht stattfinden, weil die französischen Regierungsvertreter noch nicht die Befugnis zur Eröffnung der Verhandlungen erhalten haben und weil die Verbandsmächte noch nicht einig sind, welche Vorschläge sie uns machen sollen. Die Rheinlandkommission hat sich damit befaßt, die Abstimmungsbestimmungen zu entwerfen, doch ist näheres darüber noch nicht bekannt. So erklären die Franzosen, daß der Eröffnung der Verhandlungen noch einige Schwierigkeiten entgegenstehen, insbesondere sei noch kein Entschluß darüber gefaßt, ob die deutsche Note in Beantwortung der bekannten Note Briands als genügende Erklärung angesehen werden solle. Auch sei noch keine Einladung an die deutsche Regierung zu den Verhandlungen ergangen. Man hofft zuversichtlich, in den in Betracht kommenden Kreisen, daß trotzdem die Rheinzollgrenze am 15. September fallen werde, indessen hört man darüber auch bei der Rheinlandkommission widersprechende Ansichten. Was sind das aber für Zustände gegenüber dem klaren Rechte auf die Aufhebung der Sanktionen. Die Verbandsmächte behandeln Deutschlands Lebensinteressen mit einer empörenden Verschleppung. Wir Deutschen haben die Empfindung, als ob die Verbandsmächte und zumal Frankreich alles tun, um das deutsche Volk zu schädigen und zu peinigen. Könnten wir doch auch aus der Pariser Presse jetzt wieder das Eingeständnis hören, daß die Franzosen das größte Interesse daran haben, daß der Bau Bismarcks in Trümmer zerfällt und daß die deutsche Einheit zerbröckelt. Gegen solche französische Bestrebungen muß sich Deutschland mit allen moralischen Mitteln wenden.

Verschiedene politische Nachrichten.

Aufhebung der Zeitungsverbote.

WTB. **Berlin**, 11. September. In der Presse wird mit Rücksicht auf die Aufhebung der Zeitungsverbote durch den Ausschuß des Reichsrats die Stellung des Reichsministers der Justiz innerhalb des Reichskabinetts als erschüttert bezeichnet. Diese Nachricht ist durchaus unzutreffend. Jene Zeitungsverbote beruhten auf einer von der Reichsregierung als solcher getroffenen Entschließung, die vom Reichsminister des Innern gemäß seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit ausgeführt worden ist. Den Reichsminister der Justiz trifft in dieser Angelegenheit nur die Verantwortlichkeit, die er mit allen Mitgliedern der Reichsregierung teilt.

Barthous Rede über das Verhältnis mit Deutschland.

WTB. **Paris**, 11. September. Bei der in Meaux veranstalteten Feier zur Erinnerung an den Sieg an der Marne hielt Kriegsminister Barthou eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Sieg hat Frankreich Elsaß und Lothringen zurückgegeben. Es beanspruche keine anderen Gebiete, es erwarte und es will in dem so teuer erkauften Frieden nur die Ausführung der feierlichen Versprechungen, mit denen sein Wiederaufbau und seine Sicherheit verknüpft sind. Was man Frankreich auch vorwerfen mag, es verfolge kein Werk der Rache, aber stark in seinem Recht verlangt es, daß das Werk wiedergutmachender Gerechtigkeit, dessen Bedingungen Deutschland angenommen hat, ausgeführt wird. Barthou richtete dann heftige Angriffe gegen das imperialistische Deutschland, das nichts gelernt und nichts vergessen habe, und fuhr fort: es gäbe vielleicht noch ein anderes Deutschland, das erkläre, von demokratischen Gefühlen beseelt zu sein und behaupte, in sich den alten militärischen Geist getötet zu haben. Der Minister sagte: Obschon die Lehre von 1914 uns ein wenig ungläubig gemacht hat, sprechen wir Deutschland nicht das Recht ab, uns durch Taten zu überzeugen. Es wäre sogar ungerecht und ungeschickt, nicht anzuerkennen, daß die deutsche Regierung, an der Spitze Reichskanzler Dr. Wirth, Beweise eines guten Willens gegeben hat, aber immitten bedeutender Schwierigkeiten kann die deutsche Regierung nicht alles, was sie will. Mögen ihre Absichten sein, welche sie wollen, ihre Ohnmacht kann nicht als Vorwand für ihren Verzicht dienen. Frankreich hat den Frankfurter Friedensvertrag ausgeführt, Deutschland muß den Versailler Vertrag ausführen. Allein durch seine Ausführung, die schon durch verlängerte Fristen verzögert ist, werde es Beweise für seinen guten Willen bringen. Deutschlands Demokratie, wenn sie mit uns weiter den Weg einer loyalen und dauerhaften Annäherung verfolgt, der Hindernisse entgegenstellen zu wollen wir weit entfernt sind, muß beweisen, was sie will und wohin sie geht. Frankreich werde weder auf die Entwaffnung verzichten, welche die

Garantie für seine Sicherheit ist, noch auf die festgesetzten Zahlungen, welche die Bedingungen für seinen industriellen und finanziellen Wiederaufbau bilden.

Rückkehr von Flüchtlingen nach Oberschlesien.

WTB. **Oppeln**, 12. September. Die Sicherheitsverhältnisse im oberschlesischen Abstimmungsgebiet haben sich durch die Verhandlungen und Abmachungen zwischen der deutschen und polnischen Partei sehr gebessert. Infolgedessen können die Flüchtlinge in ihren Wohnort zurückkehren. Um den Flüchtlingen die Einreise ins Abstimmungsgebiet zu ermöglichen, hat die J. K. in Oppeln folgende Verfügung erlassen: Der Flüchtling richtet an den Kreiskontrolleur, in dessen Bereich sein Wohnort liegt, ein kurzes Gesuch, in dem er bittet, ihm die Rückkehr zu gestatten. Letzterer übersendet darauf dem Flüchtlinge die Einreiseerlaubnis. Auf Grund derselben kann letzterer die Grenzkontrolle passieren. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Visum des französischen Konsulates nicht erforderlich ist. Die Einreiseerlaubnis ist ausreichend.

Wahlergebnisse für den Thüringer Landtag.

WTB. **Erfurt**, 12. September. Wahlergebnisse für den Thüringer Landtag im Gothaer Wahlkreis einschließlich Stadt: Kommunisten 4435, U. S. P. 4425, S. P. D. 2607, Demokraten 2152, Zentrum 263, Deutsche Volkspartei 11910, Deutschnationale 4610, Landbund 7529. Etwa 30 Ortschaften fehlen noch. Schwarzburg-Rudolstadt: Kommunisten 4861, U. S. P. 21056, S. P. D. 13504, Demokraten 1136, Zentrum 124, Deutsche Volkspartei 5650, Deutschnationale 3634, Landbund 6252. 20 kleine Ortschaften fehlen noch.

WTB. **Berlin**, 12. Septtmber. Nach längeren Verhandlungen hat sich die polnische Regierung nunmehr protokollarisch bereit erklärt, vom 16. September ab ein neues Provisorium für den Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland in Kraft zu setzen. Dieses neue Provisorium bringt eine erhebliche Erweiterung der bisher bestehenden Zugverbindungen, insbesondere auch ein Schnellzug- und ein Personenzugpaar auf der Strecke Schneidemühl–Bromberg–Thorn–Deutsch-Eylau. Für die Benutzung dieser Züge gelten dieselben Bestimmungen, wie für die auf der Strecke Konitz–Dirschau bereits verkehrenden Schnell- und Personenzüge. Deutsche Reichsangehörige brauchen also nur mit einem Personalausweis versehen zu sein, ein polnisches Visum ist für diese Züge nicht erforderlich. Ebenso werden nach dem neuen Provisorium sowohl auf der Strecke Konitz–Dirschau wie auf der Strecke Schneidemühl–Deutsch-Eylau eine ganze Anzahl neuer Güterzüge verkehren.

WTB. **Genf**, 12. September. In seiner Rede, die Leon Bourgeois in der heutigen Völkerbundsversammlung hielt, hat er u. a. folgendes gesagt: Wes besonderer Bedeutung sei es, daß auch Großmächte, die nur freundschaftliche Meinungsverschiedenheiten hätten, an den Völkerbund heranträten. Bourgeois wies mit beredten Worten auf diese Tatsache hin. Länder, denen alle Hilfsmittel zur Verfügung stehen, Militär, Flotte und alle erdenklichen Informationsquellen, wandten sich an den Völkerbund, der nichts habe als sein gutes Gewissen, und zwar kämen sie zu diesem Entschluß, da es Fragen gäbe, in denen die Verantwortung der Regierungen und auch politische Rücksichten es als wünschenswert erscheinen ließen, die unparteiische Instanz des Völkerbundes anzurufen. Es gäbe keinen schlagenderen Beweis für diese Entwicklung, als den Umstand, daß man dem Völkerbund die oberschlesische Frage übergeben habe, deren Lösung die größten Nationen Europas und Asiens vergeblich versuchten. Das sei eine historische Tatsache, die die moralische Bedeutung des Völkerbundes wie auch seine Pflichten erhöhe. Er muß in dieser Frage Erfolg haben. Es muß ein einfacher Vorschlag vom Völkerbund ausgehen, dem sich jeder beugen könne.

An die Adresse der deutschen Regierung.

RdE. In einer Versammlung in Rudolstadt wurde nach einem Vortrage des Vorsitzenden des Landesverbandes Thüringen der Deutschnationalen Volkspartei, Oberstleutnant von Feldmann, folgende Entschließung angenommen:

„Eine von der Deutschnationalen Volkspartei einberufene und von Frauen und Männern aller Parteien stark besuchte Versammlung in Rudolstadt erwartet und fordert von der deutschen Reichsregierung, daß sie nun endlich das ihre tue, um im In- und Auslande das Lügengewebe von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld zu zerreißen.“

Man darf gespannt sein, was die Regierung hierauf unternehmen wird. Der Ruf nach Aufhebung der Beschuldigung Deutschlands, die Verantwortung für den Krieg zu tragen, erhebt sich bereits aus allen Schichten des Volkes, das die große Bedeutung dieser Beschuldigung und ihre für uns so verhängnisvolle Tragweite immer mehr erkennt. Gar bald wird der einmütige Wille des Volkes von amtlicher Seite nicht mehr ignoriert werden können, der immer vernehmlicher die Forderung nach Lösung der Schuldfrage erhebt. Oder sollte die Regierung auch weiterhin ihr Schweigen in dieser für uns so lebenswichtigen Frage beibehalten wollen? Ist sie vielleicht, wie der frühere Reichskanzler Hermann Müller, der Ansicht, daß es zwecklos sei, ständig an der Schuldfrage zu rühren?“ Jetzt oder später, einmal wird der Tag kommen, an dem auch die Regierung dem Drängen des in seiner Ehre tiefgekränkten deutschen Volkes nachgeben wird, das in bitterem Groll über die ungerechte Behandlung seitens der „Sieger“ die Widerrufung der ungeheuerlichen Anklage, schuld am Kriege zu sein, fordert. Es kann und darf keinen Grund irgendwelcher Art geben, die Schuldfrage nicht schon jetzt von amtlicher deutscher Seite aufrollen und die Entlastung Deutschlands von der Verantwortlichkeit am Kriege dringend zu fordern. Man ist, wie man sagt, gespannt, was die Regierung auf das Telegramm aus Rudolstadt veranlassen wird.

Die Komödie des Völkerbundes.

Der sogenannte Völkerbund, diese Schöpfung des Präsidenten Wilson, offenbart schon auf der zweiten Vollversammlung, die zurzeit in Genf tagt, ihre ganze innere Brüchigkeit. Daß vor diesem Forum die Frage der Abrüstung nicht gelöst, sondern letzten Endes ins Lächerliche gezogen wird, steht trotz aller hochtrabenden Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten werden, heute schon fest. Denn in diesem Hohen Rate des angeblichen dauernden Weltfriedens traut keiner dem andern und hält jeder Pulver und Blei immer noch für den sichersten Schutz. Dieses gegenseitige Mißtrauen kommt auch jetzt in ganz schlagender Weise in einem anderen Punkte zum Ausdruck. Nach dem Artikel 18 der Völkerbundsakten soll die Geheimdiplomatie ein für allemal dadurch abgeschafft werden, daß alle Verträge, die die Völkerbundsmitglieder gegenseitig schließen, dem Völkerbund zur Kenntnis gebracht werden sollen, widrigenfalls sie ungültig und unverbindlich sind. Diese Bestimmung soll aber jetzt abgeschafft werden. Eine besondere Kommission des Völkerbundes hat sich mit der Bestimmung dieses Artikels beschäftigt und festgestellt, daß ihre Anwendung unmöglich sei, da sich niemand darum kümmere. Der Artikel 18 verlange auch zuviel. Es wird also im Rahmen des Völkerbundes in Zukunft wohl gestattet sein, daß die Mitglieder Geheimverträge abschließen, sodaß auch in diesem Freundschaftsbunde der heimliche Dolch nicht aus dem Gewande verschwinden wird. Das entspricht auch vollkommen der jüngst vom „Matin“ festgestellten Tatsache, daß der Völkerbund getrennte Lager umfaßt, und daß Frankreich Hahn im Korbe ist.

Was übrig bleibt, ist eine Karikatur des Völkerbundes. Es überrascht auch deshalb nicht, daß auch die bis jetzt noch im Völkerbund vertretenen südamerikanischen Staaten mit dem Austritte drohen, nachdem einige bereits ausgeschieden sind. Dann wird der Völkerbund daran gehen müssen, die Firma zu ändern.

Mtb. Genf, 9. September. Der letzte Redner der heutigen Debatte war der persische Delegierte Cogak-al-Dauleh, der erklärte, daß sich die oberschlesische Frage zu einem europäischen Skandal auswachse, falls sie nicht bald eine glatte Lösung finde.

Spiel mit dem Feuer.

Was die bayerischen Unabhängigen wollen.

München, 9. September. In der gestern abend abgehaltenen U. S. P. D.-Versammlung kündigte der Abgeordnete Pfeiffer die bevorstehende Ausrufung der selbständigen Nordbayerischen Republik an. Er erklärte, die nordbayerische Arbeiterschaft wolle Südbayern isolieren, weil sie unter dem Ministerpräsidenten Kahr nicht weiter schaffen wolle. Er brauche nicht zu verschweigen, was man morgen oder übermorgen doch erfahren werde. Nordbayern werde sich als selbständige Republik ausrufen. Die sozialistischen Parteien Nordbayerns seien auf alles, was kommen werde, vorbereitet und gefaßt. Er forderte die südbayerische Arbeiterschaft auf, das Vorgehen der nordbayerischen Genossen zu unterstützen und mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, was in den nächsten Tagen und Stunden in Nordbayern vor sich gehen werde. – Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bezeichnen diese Erklärung als Spiel mit dem Feuer.

Aufruf zum Bürgerblock in Nürnberg.

Nürnberg, 9. September. Der „Fränkische Kurier“ erläßt einen Aufruf an die bürgerliche Bevölkerung Frankens, in dem er zur Bereitschaft der Abwehraktion gegen die von der Sozialdemokratie getragenen Maßnahmen auffordert. Die S. P. D., die U. S. P. D. Bayerns und die bayerische Landeszentrale der Freien Gewerkschaften forderten, so heißt es in dem Aufruf, zum Kampfe gegen die Regierung auf und verlangten Bereitschaft für den Fall, daß der Ruf zum Kampf ergehe. Es gehe um die Grundsätze unserer Staatspolitik und Demokratie! Ueber Belagerungszustand und über alles das hätte man reden können; gegen die offene Gewalt gebe es nur das einzige Mittel der geschlossenen Abwehrfront aller Freunde der Ordnung. Wer mit den jetzigen Zuständen unzufrieden ist, der verlange in Gottes Namen den Volksentscheid. Das ist kein Mittel der Beruhigung, aber ein Mittel, das die Verfassung in die Hand gibt. Wem das nicht genügt, der verlange Neuwahlen. Auch die sind ein verfassungsmäßiges Mittel. Aber gegen die Gewalt rufen wir zur geschlossenen Abwehr auf. Eine zweite Räteregierung ertragen wir nicht. Deshalb Bürger, seid auf der Hut, und, wenn es not tut: Bürger heraus! – Das ist also der Aufruf zum Bürgerblock.

Bayerische Parteierklärungen.

München, 9. September. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) veröffentlicht eine Erklärung, wonach das engere Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und dem Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr auch in den letzten Tagen in keinem Augenblick getrübt war. Aus den Kreisen des Bayerischen Bauernbundes erhält ferner die „München-Augsburger Abendzeitung“ eine Zuschrift, die besagt, daß diese Partei hinlänglich der Wahrung der Selbständigkeit Bayerns durchaus sich dem Standpunkt der übrigen bayerischen Regierungskoalition anschließe. Ebenso hat die Ortsgruppe der Bayerischen Mittelpartei (Konservative) am 7. September einstimmig eine Entschließung angenommen, welche jedes Nachgeben der bayrischen Regierung vom deutschen wie vom bayrischen Standpunkt aus als verwerflich bezeichnet.

Die Frage der Sanktionen.

Paris, 10. September. Ein Telegramm des „Petit Parisien“ aus Mainz läßt die Möglichkeit voraussehen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen noch nicht am 15. September aufgehoben werden und zwar weil Deutschland noch nicht in zufriedenstellender Weise auf die Entscheidung des Obersten Rates geantwortet habe. Es ist wahrscheinlich, daß deshalb eine neue Note an die Reichsregierung gesandt wird oder bereits gesandt ist. Auf alle Fälle weiß man noch nicht, ob Deutschland die Ratschläge des Obersten Rates befolgen wird. Wenn das bis zum 15. September nicht der Fall sein sollte, werden die getroffenen Maßnahmen beibehalten.

Meinungsaustausch über die Verteilung der ersten Milliarde.

Mtb. **Paris**, 10. September. Agence Havas meldet aus London: Bei der ersten Zusammenkunft zwischen Sir Robert Horne und Doumer fand ein lebhafter Meinungsaustausch über die Verteilung der ersten deutschen Milliarde und den englischen und französischen Standpunkt statt. Die Unterhaltung wurde in sehr herzlichem Tone geführt. Heute nachmittag werden die Besprechungen fortgesetzt und wahrscheinlich ihr Ende finden.

London, 10. September. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß die englische Regierung die Verrechnung der Milliarde benutzen wird, um die Durchführung ihrer Ansicht über die Sanktionen zu erzwingen. Da England schon auf der letzten Tagung auf die Zurückziehung der Truppen aus Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort gedrängt hat, doch ohne Erfolg, ist es nicht ausgeschlossen, daß es durch die vorgeschlagene Art der Verrechnung einen Druck auf Frankreich ausüben will.

Fränkisches Bekenntnis zu Bayern und dem Reiche.

Würzburg, 10. September. Auf der gestern hier begonnenen 8. Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Stang, unter starkem Beifall, daß das Frankenland trotz aller gegenteiligen Versuche in unzertrennlicher Schicksalsgemeinschaft mit Bayern und dem ganzen Deutschen Reich bleiben werde.

Eine aufgedekte Lüge der Newyorker „Times“.

RdE. Die heute fast von der ganzen zivilisierten Welt anerkannte deutsche Forderung auf Zurückziehung der schwarzen Besatzungstruppen vom Rhein begegnet neuerdings im Auslande einer Propaganda, die es versucht, die schwarze Schmach als unberechtigt abzutun. In der litterarischen Beilage einer Tageszeitung in Louisiana, einem der südlichen Staaten Amerikas, der überwiegend Negerbevölkerung aufweist, finden sich unter obiger Ueberschrift folgende Auslassungen, die in bezeichnender Weise, an Hand von unmaßgeblichen Urteilen, die Arglosigkeit der farbigen Besatzungstruppen beweisen sollen:

„Ein erschrecklicher Mangel an Schrecken besteht am Rhein, bemerken die manchmal spaßhaften „Newyork Times“. Die schwarzen Truppen sollen laut Flugblättern, die von München aus versandt werden, deutsche Frauen vergewaltigen und Krankheiten im Rheinlande verbreiten. Nun haben wir eine amtliche deutsche Widerlegung dieser Behauptungen von dem Councilor of health at Baden (Gesundheitsrat von Baden). „Furcht vor unangemessener Behandlung seitens der farbigen französischen Truppen entbehrt aller Begründung“, sagt er, „niemand ist in irgend einer Weise belästigt worden“.

Zwecks Aufklärung dieses Sachverhalts wandte sich die Schriftleitung der „RdE-Korrespondenz“ vor einiger Zeit an das Badische Ministerium des Innern. Jetzt ging von dort folgende Antwort ein:

„Nach unseren Feststellungen ist von dem in Baden bestehenden Landesgesundheitsrat eine derartige Aeußerung gegenüber einer amerikanischen Tageszeitung nicht gemacht worden“.

Die Auslassungen der Newyorker „Times“ stellen also eine der groben Lügen dar, mit denen dies englisch beeinflußte amerikanische Blatt während und nach dem Kriege seine bekannte Hetzpropaganda gegen Deutschland trieb. Trotz aller Lügen und Ableugnungen: die Schwarze Schmach erstiftet leider am Rhein auch heute noch. Die schwarze Schande läßt sich nicht wegleugnen. Die „Newyork Times“ haben gewiß Gelegenheit, sich selbst am Rhein hiervon zu überzeugen. Nach wie vor fordern wir die Zurückziehung der schwarzen Truppen vom Rhein.

Die Schwarze Schmach ein Völkerrechtsbruch.

RdE. Das „Echo du Rhin“, das offizielle Organ der interalliierten Rheinland-Kommission, vom 9. März 1921 gibt die Stärke der farbigen Truppen der französischen „Rheinarmee“ selbst auf nicht weniger als 45000 Mann an. Nach unbedingt zuverlässigen Nachrichten setzt sich diese Streitmacht wie folgt zusammen:

10 Regimenter Eingeborene aus Algier,
2 „ „ „ Tunis,
3 „ „ „ Marokko,
1 Regiment Eingeborene aus Madagaskar.

Dazu kommen kleine Kommandos von Senegalesen (Negern) und eine Anzahl Annamiten (Indochinesen), die als Kraftwagenführer, Burschen und Ordonnanzen verwendet werden. Das Völkerrecht verbietet nicht ausdrücklich die Verwendung farbiger Stämme im Kampfe zwischen zivilisierten Nationen. Voraussetzung für eine solche Verwendung ist aber, daß die auf dem Kriegsschauplatz auftretenden Farbigen unter einer Disziplin stehen, die Verfehlungen gegen die Kriegsbräuche gesitteter Völker ausschließt. Dasselbe gilt auch für die als Besatzungstruppen verwendeten Farbigen. Die farbigen und schwarzen Truppen Frankreichs im besetzten Rheinland unterstehen nun aber keiner solchen Disziplin, denn das französische Oberkommando im Rheinland ist diesen Truppen gegenüber ja selbst machtlos. Erst kürzlich mußte General Degoutte einen Befehl an die Gastwirte im besetzten Gebiet erlassen, der diesen „mit Rücksicht auf die vielen Fälle von Trunkenheit, die von den eingeborenen Truppen gemeldet werden“, den Verkauf von Wein an alle Soldaten afrikanischer Herkunft in der ganzen Besatzungszone untersagt. „Verfehlungen gegen die Kriegsgebräuche gesitteter Völker“ sind also im besetzten Gebiete nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern wie bekannt, an der Tagesordnung. Die Verwendung der schwarzen Truppen am Rhein verstößt nicht allein gegen das Völkerrecht, sondern stellt einen unerhörten Völkerrechtsbruch dar, für die die Alliierten, und in erster Linie Frankreich die Verantwortung tragen. Müßten nicht die Verantwortlichen für dieses ungeheuerlichste aller Völkerrechtsverbrechen, das je an einer auf höchster Kulturstufe stehenden Nation begangen, das jemals der gesamten zivilisierten Welt widerfahren ist, einem Tribunal der Kulturvölker überantwortet werden? Müßte hier nicht im Anbetracht der haarsträubenden Schandtaten der Schwarzen am Rhein ein Gericht der Völker ein drakonisches Urteil, zur Statuierung eines Exempels für die Nachwelt, fällen? Um den Schandpfahl mit denen, die um einen rachsüchtigen Siegestaumel zu frönen, die Grundgesetze des Völkerrechts verletzten! Die Zurücknahme der schwarzen Truppen aus dem besetzten Rheinland muß die einmütige Forderung aller Kulturnationen werden. Im Namen des Völkerrechts fordern wir die endliche Erlösung der rheinischen Bevölkerung von der Schwarzen Schmach.

„Handelt wie Max Hölz!“

Wo bleibt die Verordnung der Reichsregierung.

Die Kommunistische Arbeiterjugend veröffentlicht einen Aufruf an die proletarische Jugend, worin sie Stellung nimmt zu dem von der Kommunistischen Jugendinternationale einberufenen 7. internationalen Jugendtag. Die Kommunistische Arbeiterjugend erklärt, die Kommunistische Jugendinternationale habe das Recht verwirkt, sich als proletarisches Kampfinstitut und Vertreterin der Interessen des Jugendproletariats auszugeben, denn sie habe sich den Beschlüssen des Moskauer Kongresses der Kommunistischen Internationale gefügt. Diese Beschlüsse bedeuten aber den „Verrat des revolutionären Kampfes zugunsten parlamentarischer und gewerkschaftlicher Flickarbeit am herrschenden System.“

Die Kommunistische Arbeiterjugend will von diesem „Verrat“ nichts wissen und gibt folgende Losungen aus:

„Wir rufen Euch zu: Begreift die Sturmzeichen der Zeit, das Losungswort lautet: **Bürgerkrieg**. Darum seid wachsam und bereit zum Kampf gegen die Brutalität der herrschenden Klasse. Vernichtet alle Organisationen und Einheitsfronten, die nur das Privateigentum erhalten und damit die Bourgeoisie stützen. Vernichtet alle Gewerkschaften, Jugendsektionen und parlamentarische Parteien. **Zertrümmert den Staat der Bourgeoisie.** Handelt nach den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes.“

Der Aufruf schließt mit den Worten: **„Handelt wie Max Hölz! In diesem Sinne auf zum Kampf!“**

Die Kommunistische Arbeiterjugend, die diese Sprache führt, scheint die Verfasser des jüngsten Regierungserlasses für schwerhörig zu halten. Sollte sie recht haben?

Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor.

WW. Mit diesen Worten weist die Reichsregierung in ihrem Aufruf vom 29. August auf den Ernst unserer Lage hin, der zum Teil auch durch die Ernährungsschwierigkeiten, in denen sich Deutschland befindet, hervorgerufen ist. Ungerecht ist es nun, wenn man – wie es bisweilen teils aus Unkenntnis, teils aus politischen Motiven geschieht – für die schlechte Ernährungslage und für die Preisentwicklung in der Heimat

Lokales.

Vom 1. Oktober ab

Trennung des Ramslauer Kreisblattes vom Ramslauer Stadtblatt.

Vom 1. Oktober mit Nr. 79 ab erscheint das Ramslauer Kreisblatt als **besondere Ausgabe jeden Dienstag und Freitag,** das Ramslauer Stadtblatt wie bisher **jeden Mittwoch und Sonnabend.**

Bitte sich der auf der Beilage gedruckten Bestellzettel zu bedienen.

Die Expedition des Ramslauer Stadt- und Kreisblattes.
O. Opitz.

Stadtverordneten-Versammlung am 5. September 1921.

Es waren anwesend 6 Magistratsmitglieder, 19 Stadtverordnete. — Zunächst wurde von dem Schreiben des Vereins der selbständigen Handwerker, in welchem um eine gerechte Heranziehung der Gewerbesteuer zu den Kommunalabgaben ersucht wird, Kenntnis genommen. Dem Provinzialverein vom Roten Kreuz wurde eine Unterstützung von 300 Mark bewilligt. Der Sparkasse wurde die Genehmigung zur Verteilung von Sparprämien erteilt. Die Vorlage des Magistrats, eine Pauschalsumme für das verbrauchte Gas der Schuldtiener festzusetzen, wurde vertagt, da erst noch genaue Schätzung vorgenommen werden soll. Der freiwilligen Feuerwehr werden die Kosten für Instandhaltung der Feuerwehrgeräte erstattet. Die ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse, die Herren Hübner, Bautz, Zimmer und Tischler wurden durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Die Einreihung des Stadtbauführers Mjontek in Gruppe 8 der Besoldungsordnung wurde beschlossen und das Gehalt des Bautechnikers auf 800 Mark erhöht. Die Pastor Schulz-Stiftung wurde mit Rücksicht auf ihre mißliche finanzielle Lage von Zahlung des Wassergeldes und der Straßenreinigungskosten befreit. Zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung des Reichsstädtebundes wird Herr Stadtverordnetenvorsteher Hirsch gewählt. Dem Beitritt zum Schlesischen Heimatdienst, der Erhöhung des Futtergeldes für den Wachhund des Wasserwerks, der Bewilligung einer Fahrradbethilfe an den Wasserwerksmeister Skotnik wird zugestimmt, der Verpachtung des 2. Schnittes der Walketeichwiese und der Weitervermietung der Bandmann'schen Fabrikräume auf die Dauer von 5 Jahren zugestimmt. Versammlung beschloß, da die bisherigen Verhandlungen mit dem Stellenb sitzer Liebschwager wegen Verkaufs des Badeanstaltsplatzes infolge der enormen Preisforderung erfolglos waren, das Enteignungsverfahren einzuleiten. Eine Anfrage, wie lange die Turnhalle mit Einquartierung belegt sein wird, wird vom Herrn Bürgermeister beantwortet. Zum Schluß gibt Herr Stadtverordneter Unikower Bericht bezgl. des alten Kreiskrankenhauses. Magistrat wird weitere Verhandlungen führen.

?? **Ramslau**, 13. September. **(Neue Tariferhöhungen bei der Eisenbahn.) Aus dem Reichsverkehrsministerium wird folgendes mitgeteilt: Die nötig gewordene Heraufsetzung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie die Preissteigerung wichtiger Bau- und Betriebsstoffe verursacht einen Mehraufwand, der auf rund Zehn Milliarden zu schätzen ist. Zur Deckung dieser Mehrausgaben müssen**

sofort Maßregeln ergriffen werden. Ein Ausgleich durch Sparmaßnahmen ist nur in geringem Umfange möglich. Es muß daher eine Steigerung der Einnahmen und eine Tariferhöhung im Güter- und Personenverkehr erstrebt werden, die durchschnittlich 30 Prozent betragen soll. Die neuen Tarife sollen womöglich im Güterverkehr ab 1. November 1921 und im Personenverkehr ab 1. Dezember 1921 Geltung erhalten.

— **(Das genossenschaftliche Kreditwesen.)** Dem neu erschienenen Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1920 entnehmen wir, weil es weite Kreise interessieren dürfte, folgende Zahlen: Es wurden im letzten Jahre 17 427 Einzelgenossenschaften gezählt und zwar erstreckt sich die Statistik auf 10 833 Spar- und Darlehnskassen, 2490 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 1848 Molkerei- und 2236 sonstige Genossenschaften. Bei den 10 833 Spar- und Darlehnskassen, denen 1 080 000 Mitglieder angeschlossen sind, erhöhte sich das gesamte Betriebskapital im Berichtsjahre um 830 Millionen auf 5481 Millionen Mark und zwar hauptsächlich durch Erhöhung des fremden Kapitals, während das eigene Vermögen um 4 Millionen Mark von 136 auf 140 Millionen Mark stieg. Der gesamte Umsatz betrug 22 Milliarden gegen 5 Milliarden im Jahre 1913. Wenn auch aus diesen Zahlen hervorgeht, daß die Eingahlungen die Geldforderungen noch übersteigen, so bildet der wieder einsetzende Kreditbedarf doch ein Mahnzeichen für die Zukunft. Wie der Bericht sagt, ist noch die Sorge im Kreditgenossenschaftswesen nach Anlage der zugeflossenen Gelder vorherrschend; es gilt aber, sich auf die Zeit zu rüsten, in der die Abforderungen die Einzahlungen wieder übersteigen werden. Und diese Zeit wird kommen. Sobald sie eintritt, wird es sich zeigen, ob die genossenschaftliche Kreditorganisation allen Ansprüchen entsprechen kann; denn soweit es sich zur Zeit übersehen läßt, werden die Anforderungen gewaltig groß sein.

— **(Zunehmende Sparkassen-Einlagen.)** Das Ergebnis des Monats Juli d. Js. ist für die Sparkassen günstiger ausgefallen, als es anfänglich schien. Die Zunahme der Sparkasseneinlagen ist auf 400 Millionen Mark zu schätzen. Dieses Ergebnis bleibt im Vergleich zu dem gleichen Monat der beiden Vorjahre stark zurück. Es läßt sich nicht erkennen, worauf diese Erscheinung zurückzuführen ist. Zum Teil haben hier zweifellos die großen Abhebungen auf die Beamtengehälter mitgewirkt, und diese Gehälter werden bei der großen Teuerung schneller aufgebraucht als im Vorjahre. Auf der anderen Seite macht sich aber auch ebenso zweifellos die steigende Konjunktur im Handel und Gewerbe geltend, die die Kaufkraft veranlaßt, sich größere Vorräte h nzulegen. Hierbei finden Kapitalien ihre Anwendung, die bisher den Sparkassen zugeflossen waren. Soweit sich bisher beurteilen läßt, dürfte, wie der Generaldirektor Reusch in der „Sparkasse" ausführt, diese Entwicklung noch weiter stattfinden.

— **(Der Preußische Turnlehrertag)** zu Hannover beschäftigte sich mit der Umänderung der Preußischen Landesturnanstalt. Nach einem Vortrage von Dr. Altrock, der dem Lehrkörper der Landesturnanstalt angehört, faßte er folgende Entschließung: „Der Preußische Turnlehrerverein hält es für notwendig, daß sofort die Landesturnanstalt in organischer Verbindung mit der Hochschule für Leibesübungen ausgebaut und ihr der Name und Charakter einer Hochschule verliehen werde. Gemäß den beiden Formen des heutigen Turnens, Schul- und Vereinsturnen, hält es der Preußische Turnlehrerverein für dringend notwendig, daß für beide Zweige je ein selbständiges Referat in dem zuständigen Ministerium eingerichtet wird." — Von der Hochschule für Leibesübungen wohnte Generalsekretär Dr. Diem im Auftrage des Senats der Tagung bei und erklärte die Bereitwilligkeit, in Verhandlungen einzutreten, sofern die 4 Grundsätze der Hochschule: Lehr- und Lernfreiheit, selbständige Verwaltung, hochschulmäßiger Aufbau und Reichsbedeutung erhalten bleiben.

— **(Kundgebung für die Technische Nothilfe.)** Auf dem Mitteldeutschen Handwerkertag, der am 20. v. Mts. in Magdeburg stattfand, wurde folgende Entschließung für die Technische Nothilfe einstimmig angenommen: „Der Mitteldeutsche Handwerkertag sieht in der Technischen Nothilfe eine Organisation, die geeignet ist, in unserer heutigen durch innere und äußere Wirtschaftskämpfe schwer leidenden Zeit eine Beruhigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen, deren wir unbedingt bedürfen, um aus der Not unserer Zeit herauszukommen. — Aus diesem Grunde begrüßt der Mitteldeutsche Handwerkertag die Ziele der Technischen Nothilfe und erachtet es für eine Ehrenpflicht des Deutschen Handwerks, der Technischen Nothilfe beizutreten."

— **(Legatschießen.)** Die Schützengilde hat vor drei Jahren den Stadtältesten Herrn O. Tietze in Anerkennung seines großen Interesses, das er stets der Gilde entgegengebracht, zum Ehrenmitgliede ernannt. Zum Danke dafür hat dieser eine Summe gestiftet, aus deren Zinsen eine Medaille beschafft werde, die alle Jahre zum Ausschießen kommen und Eigentum des Siegers sein soll. Wer die Medaille errungen hat, darf bestimmungsgemäß sich erst nach Ablauf von 10 Jahren an dem Schießen um diese Medaille wieder beteiligen. — Am vergangenen Sonntag wurde die Medaille zum ersten Male ausgeschossen. Die Teilnahme an diesem Legatschießen war eine zahlreiche. Zur großen Freude gereichte es den Kameraden, daß Herr Tietze zum Schießen erschien. Der Schützenmeister Herr Heinzelmann verlieh dieser Freude in einer kurzen Ansprache Ausdruck und widmete ihm ein dreimaliges Hoch. Herr Tietze versicherte, daß er der altehrwürdigen Gilde stets Treue bewahren werde. — Beim Wettkampf um die geschmackvoll angefertigte Medaille fiel dieselbe auf 20 Zirkel dem Herrn Kameraden Weiffenbach zu. — Bei der Dekorierung brachte der Herr Schützenmeister auf den „besten Schützen des Tages" ebenfalls ein dreimaliges Hoch aus. Am Abend fand in der „Krone" ein gemütliches Beisammensein statt.

— **(Staatslotterie.)** Die Erneuerung der Lose zur 4. Klasse der 18. (244.) Lotterie, in welcher 12 500 Gewinne im Gesamtbetrage von 9 379 940 Mark mit Hauptgewinnen von je 200 000 Mk., 100 000 Mk., 50 000 Mk. gezogen werden, muß bis **14 September,** abends 6 Uhr, erfolgt sein. Auch sind daselbst die in der 3. Klasse gezogenen Gewinne und Ersatzlose gegen Vorlegung der Gewinnlose in Empfang zu nehmen.

— **(Lichtspiele.)** Mit sich stetig steigender Spannung folgten die Kinobesucher den Darbietungen, welche am Sonntag über die Leinwand gingen. Während die Nachmittagsvorstellung nur mäßig besucht war, sah die Abendvorführung einen ausverkauften Saal, und die Erschienenen waren ohne Zweifel durch das Gebotene aufs höchste befriedigt. — Das Mittwoch-Programm weist als Hauptattraktion auf: **„Die Tragödie eines Großen"** von Paul Gruner. Und dieser Große ist der gottbegnadete Maler Rembrandt, der im Jahre 1606 als der Sohn des Müllers Harmen Gerritsz van Ryn (Rhein) geboren wurde, dessen Name als hellster Stern am Kunsthimmel durch die Jahrhunderte leuchtete dessen Leben und Schaffen aber zuletzt voll tiefster Tragik war. Verfasser führt in seinem Werke das ganze wechselvolle Leben Rembrandts vor. Mynheer van Uylenburg in Amsterdam, ein reicher und angesehener Kunsthändler, erkannte als Erster das Genie des jungen Künstlers: er nahm ihn in sein Haus auf, um sich eine Reihe Bilder von ihm malen zu lassen und hier begann Rembrandts Aufstieg. In seinem Ehestande hat er infolge Intrigten manche Bitterkeit verkosten müssen. Doch es kam auch für Rembrandt eine Zeit des Glückes und schönster Erfolge. Man drängte sich zu der Ehre, von ihm gemalt zu werden. Rembrandt wurde überaus reich, Prunk und Schönheit in seiner Umgebung waren ihm Lebensbedürfnis. — Unsterbliche Werke von Millionenwert entstanden in seinem Atelier. Als aber Rembrandt nicht mehr malte, was die Leute haben wollten, sondern nur noch dem Gesetze der Kunst gehorchte, wie es in seiner Seele lebendig war, da blieben die Aufträge aus, und von schweren Schicksalsschlägen wurde der Künstler heimgesucht. Er geriet in Not, wie ja so viele Künstler im Alter ihr Leben nur kümmerlich fristen und auf die Unterstützung wohltätiger Menschen bis an ihr Lebensende angewiesen sind. — Der Film mit seinen naturgetreuen Bildern in glänzender Ausstattung wird auf alle Beschauer einen tiefen Eindruck machen. — Als zweite interessante Darbietung enthält das Programm einen **Stierkampf,** bekanntlich die Hauptbelustigung des spanischen Volkes. — Der Besuch der Vorführungen sei bestens empfohlen.

Uebergang der Tätigkeit der Pensionsregelungsbehörden auf die Hauptversorgungsämter und Versorgungsämter.

Vom 1. September d. Js. ab wird die bisher den Pensionsregelungsbehörden obliegende Anweisung usw. der zahlbaren Militärpensionen und Versorgungsgebührnisse von den Versorgungsbehörden übernommen. Die Anweisung usw. erfolgt dann bei den nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 und nach dem Altrentnergesetz vom 18. Juli 1921 bewilligten Bezügen durch die Versorgungsämter und bei den nach den übrigen Militärversorgungsgesetzen bewilligten Gebührnissen durch die Hauptversorgungsämter. In der Abhebung der Gebührnisse bei den zahlenden Kassen tritt hierdurch keine Veränderung ein.

Personen, die am 1. September d. Js. bereits Versorgungsgebührnisse auf Anweisung einer Pensionsregelungsbehörde beziehen, werden je nach ihrer Abfindungsart in den Geschäftsbereich der künftig für sie in Anweisungsangelegenheiten zuständigen Versorgungsbehörde allmählich übergeführt werden. Sobald sie von dieser übernommen sind, wird ihnen Nachricht hierüber zugehen. Bis dahin würden sie sich im Bedarfsfalle noch an die bisher für sie zuständigen Pensionsregelungsbehörden zu wenden haben, deren Anschrift sich jedoch ändert, weil sie von dem angegebenen Tage ab unter Beibehaltung ihres gegenwärtigen Dienstsitzes den Hauptversorgungsämtern als Abteilungen angegliedert werden. Die neuen Anschriften für die im Bereiche des Hauptversorgungsamts Breslau befindlichen Pensionsregelungsbehörden lauten dann wie folgt: „Hauptversorgungsamt Breslau, Regelungsabteilung", „Hauptversorgungsamt Breslau, Regelungsabteilung Oberschlesien in Oppeln". Ueber die neuen Anschriften für andere Pensionsregelungsbehörden gibt jede Versorgungsbehörde, amtliche Hauptfürsorgestelle oder Fürsorgestelle auf Befragen Auskunft. Bis zum Bekanntwerden der neuen Anschrift können Schreiben an ehemalige Pensionsregelungsbehörden auch unter ihrer, dem Versorgungsberechtigten bekannten bisherigen Anschrift abgesandt werden. —

Versorgungsamt.

— **Erntefest.** Sonntag, den 11. September, fand in Lorzendorf das Gutserntefest statt und zwar wurde es wiederum, wie alle Jahre, in einer besonders schönen Weise gefeiert, wie man es leider jetzt kaum noch wo anders vorfindet. Der Zug, dem ein in mittelalterlicher Tracht verkleideter Herold voranritt und der sich aus einer Kapelle, in Dirndlkostümen gekleideten Mädchen der Schuljugend und den gesamten Arbeitern und Arbeiterinnen zusammensetzte, bewegte sich zunächst vor das Schloß, wo nach einer Ansprache des Vogtes Sorgalla und dem Absingen des Liedes „Nun danket alle Gott" der Besitzer Herr Rittmeister von Lüsch eine Ansprache an seine alten, lieben treuen Lorzendorfer hielt und ihnen für ihre treuen Dienste dankte. Darauf bewegte sich der Zug nach einem im Park gelegenen Rasenplatze, wo Gedichte und Gesänge vorgetragen wurden und lustige Reigen und Theatervorführungen der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen selbst einem verwöhnten Auge etwas vortreffliches darboten. Nach diesen Vorführungen und nach einer von der Herrschaft für die Jugend veranstalteten Vesper mit Kaffee und Kuchen setzte sich der Zug nach dem Gasthof in Bewegung, wo alt und jung dem Tanze huldigte. Die einzelnen Veranstalter des Festzuges boten in ihren bunten Kostümen und Trachten einen reizenden Anblick und es dürfte diese Festveranstaltung für jeden Teilnehmer und Zuschauer eine dauernde schöne Erinnerung bleiben. Zeigte es sich doch gerade wieder an diesem Tage, wie eng die hiesige Gutsherrschaft mit ihren Arbeitern und Arbeiterinnen durch die Bande der Liebe und Verehrung verknüpft ist, und wie schön es ist, wenn der Herr jedem seiner Leute Vertrauen schenken kann und wiederum jeder der Leute ohne Vermittler an seinen Herrn mit einer Bitte herantreten kann. H. P.

Die Krähenplage

macht den Landwirten wieder viel zu schaffen. Hinter jedem Sämann, hinter jeder Sämaschine folgt eine große Schar hungriger Krähen, die häufig den größten Teil des Saatgutes, das eben erst zur Aussaat gelangte, wieder ausscharren und in ihrem ewig leeren Magen verschwinden lassen. Das hier und da empfohlene Mittel, die Krähen zu vernichten, führt nicht zum Erfolg, weil es an Zuzug nicht fehlt. Es ist übrigens direkt schädlich, weil die Krähen nachgewiesenermaßen als Insekten- und Raupenfresser auch nützlich wirken. Dem Uebel wird dadurch am besten abgeholfen, daß das Saatgut vor der Aussaat durch Beizen den Krähen verekelt wird. Dafür gibt es ein seit 12 Jahren bewährtes und in den hauptsächlich Getreidebau treibenden Provinzen in großen Mengen verwendetes Präparat: Corbin. Dieses nach dem Verfahren der Versuchsstation der Landwirtschaftskammer Halle a. S. hergestellte Präparat ist in den einschlägigen Geschäften zu Fabrikpreisen zu beziehen. Ein Versuch dürfte im Interesse eines jeden vorwärts strebenden Landwirtes gelegen sein.

[Eingesandt.]

Zu dem Bericht: Feuer in der Stadthauptkasse sei zu bemerken, daß nicht nur allein die hiesige Feuerwehr unterstützt von der hier stationierten Polizeihundertschaft zur schnellen Bekämpfung des Brandes beigetragen haben, sondern daß hierbei das Hauptverdienst zuerst dem Herrn Polizei-Oberwachtmeister Schadlock, dann dem Herrn Installateur Krause und einigen unbekannten Zivilpersonen zukommt.

Ein Mitbeteiligter.

Provinzielles.

Breslau. Der deutsche Eisenbahnerverband beschloß, zu den Abmachungen der Regierung seine Zustimmung zu geben. Mit diesem Beschlusse ist der allgemein gefürchtete Ausstand auch im Direktionsbezirk Breslau nunmehr nicht zur Tatsache geworden. — Die von der hiesigen Handelskammer im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer gebildete Kommission zur Notierung der Kartoffelpreise hat folgende Preise amtlich festgesetzt: Speisekartoffeln: rote 40 Mk., weiße 42 Mark pro Zentner.

Oels. In Stronn hiesigen Kreises wurde am vergangenen Donnerstag die Freistellerin Klopeck ermordet aufgefunden. Eine große Summe bares Geld ist geraubt worden. — Der Haupttäter des im „Elysium" begangenen Millionendiebstahls, Schlosser Walter Malschke, hat in Breslau Selbstmord verübt.

Ohlau. Als Frau Frilör Hettmer mit dem Rade, von der Breslauer Messe kommend, auf den Schloßplatz einbog, kam im gleichen Augenblick ein Breslauer Magilstrauto und fuhr die Radlerrin so unglücklich um, daß sie einen lebensgefährlichen Schädelbruch erlitt.

Wansen. Auf dem mit etwa 900 Ferkeln aufgefahrenen Viehmarkt wurde versucht, für ein Stück 150 Mk. zu fordern. Da aber zu diesem Preise kein Absatz war, bequemten sich die Verkäufer zu niedrigen 42 Angeboten. Es wurden im Durchschnitt pro Stück 20 M. bis 75 M. gezahlt. Dabei blieb doch noch viel Ware unverkauft.

Schwelnitz. In Lautersbach stürzte der Gutsbesitzer Jakubowsky beim Einfahren der Nachrede beim Anrücken der Kühe rücklings vom Wagen und erlitt einen Wirbelbruch, der zum Tode führte.

Reichenbach. Hier wurde der neugeschaffene Sport- und Spielplatz am Sonntag eingeweiht. Zur Schaffung des Platzes hatten die städtischen Behörden 100 000 Mark bewilligt. Die noch fehlenden Mittel wurden durch eine Sammlung aufgebracht. Die Weiherede hielt Stadtrat Professor Klein. An die Uebergabe schlossen sich verschiedene turnerische und sportliche Darbietungen.

Haynau. Einem hiesigen Handwerksmeister, der sich in seiner Wohnung rasieren ließ, stahl bei dieser Gelegenheit der Barbiergehilfe 1040 M. Der Betrag wurde dem Gehilfen später wieder abgenommen.

Lüben. Bei einem Vergnügen des Landarbeiterverbandes, zu dem auch Angehörige des Reiterregiments Nr. 11 geladen waren, kam es zu Streitigkeiten, die zwei angetrunkene Soldaten hervorriefen. Schließlich griffen einige der Reiter zur Schußwaffe. Ein unbeteiligter Arbeiter wurde durch einen Brustschuß getötet und Arbeiter Giersch verletzt.

Gleiwitz. Auf der Gleiwitzer konsolidierten Steinkohlengrube verunglückte der Schlepper Paul Janik in Ausübung seines Berufes tödlich. — Ein schwerer Einbruch wurde beim Hausbesitzer Spyra verübt und 15 000 Mark bares Geld, sowie Kleidungsstücke und Wäsche von bedeutendem Werte gestohlen.

Greifsenberg. Seit einigen Tagen ist der 12 jährige Schüler Herbert George aus Nieder-Schosdorf spurlos verschwunden.

Oberglogau. Die Stadtverordneten beschlossen von der Grundsteuer 2450 Prozent, Gebäudesteuer 1650 Prozent, Gewerbesteuer Klasse 1 2600 Prozent, Klasse 2 2600 Prozent, Klasse 3 1350 Prozent, Klasse 4 1500 Prozent und von der Betriebssteuer ebenfalls 1500 Prozent zu erheben. — Die Versammlung war der Ansicht, daß der größte Teil der Hausbesitzer diese große Steuerlast nicht wird aufbringen können.

— **Winke und Ratschläge.** In der jetzigen Zeit, wo die Kohlen so teuer, wo die Wohnungsnot so groß, daß viele Hausfrauen genötigt sind, ihre Wäsche auf dem Küchenherd zu kochen, ist das Wiedererscheinen von Persil mit Freuden zu begrüßen. Persil, das von der Firma Henkel & Cie. in Düsseldorf hergestellte selbsttätige Waschmittel von geradezu enormer Wasch- und Bleichkraft, macht den ganzen Waschprozeß mühelos und gestattet ihn gewissermaßen zu einem Vergnügen. Bei Anwendung von Persil ist kein Waschbrett, kein Reiben und Bürsten erforderlich. Es genügt vielmehr ein einmaliges ein- viertel- bis ein halbstündiges Kochen und die schmutzige Wäsche erscheint wie neu, indem sie gleichzeitig den frischen Geruch der Rasenbleiche ausströmt. Gerade diese zauberhafte Wirkung läßt, weil scheinbar unerklärlich, manche vorsichtige Hausfrau befürchten, daß in Persil schädliche oder ätzende Stoffe enthalten seien, die nicht gut für die Wäsche sind. Und doch befinden sie sich dabei im Irrtum, da viele tausende Haus- und Waschfrauen, die ebenso dachten, nach fortgesetzten Versuchen sich nicht allein von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig daltehenden Waschmittels überzeugt haben, sondern zu der Einsicht gelangt sind, daß Persil die Wäsche sogar schont, weil es jeden Schmutz spielend löst, ohne die Faser oder das Gewebe im geringsten anzugreifen. Persil enthält trotz seiner überraschenden Wirkung keinerlei Chlor oder Chlorverbindungen, sodaß die Fabrik für seine absolute Unschädlichkeit bei sachgemäßer Verwendung volle Garantie leistet, so daß niemand zögern sollte, sich dieses idealen Waschmittels, das wieder in altbewährter Friedensware zu haben, zu bedienen.

Bekanntmachung.

Die im Privatbesitz befindlichen Schlüssel der Hydranten der städtischen Wasserleitung sind unverzüglich in der städtischen Gasanstalt abzuliefern.

Unberechtigte Entnahme von Wasser wird als Diebstahl verfolgt werden.

Namslau, den 7. September 1921.

Der Magistrat.

Freitag, den 16. d. Mts., von vorm. 9 Uhr ab werden an Ort und Stelle Acker- und Wiesenparzellen meistbietend verpachtet. Treffpunkt der Bieter am jüdischen Kirchhof.

Der Magistrat.
Schulz.

Gefunden: Eine Gans.

Der Eigentümer hat sich zur Geltendmachung seiner Ansprüche binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Namslau, den 12. September 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Der für den **17. September 1921** festgesetzte **Versorgungssprechtag findet nicht statt.** Die nächsten Versorgungssprechtage, welche auch fernerhin am 4. und 3. Sonnabend jeden Monats von 8 Uhr vormittag bis 3 Uhr nachmittag stattfinden **(nächster Sprechtag 1. Oktober 1921)** werden im Landratsamtsgebäude im Amtszimmer des Kreiswohlfahrtsamts durch einen Beamten des Versorgungsamtes wahrgenommen.

Unterstützungen von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, welche vom Versorgungsamt beordert werden, finden im alten Kreiskrankenhaus in dem Zimmer, in welchem bisher die Sprechtage abgehalten worden sind, statt.

Versorgungsamt Brieg.

Bekanntmachung!

Die von dem unterzeichneten Verein ausgegebenen Notgeldscheine dürfen im Verkehr nur noch bis 31. Dezember 1921 zirkulieren, ihre Gültigkeit erlischt am 31. März 1922.

Die Scheine werden von Herrn Kaufmann R. Wechmann eingelöst.

Der Kaufmännische Verein.
Tietze, Vorsitzender.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei dem Heimgange unseres lieben Gatten und Vaters, des

Försters a. D. Gottlieb Großler

sagen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Fuhrmann für seine trostreichen Worte am Grabe und dem Kriegerverein für die dem Entschlafenen erwiesene letzte Ehre unseren tiefgefühltesten Dank.

Die tieftrauernde Gattin
nebst **Kindern.**

Für die zu unserer **Hochzeit** überaus zahlreich eingegangenen Glückwünsche **danken wir herzlichst.**

Th. Gottschalk und **Frau Luise** geb. Trautvetter.

Wilibald Maluche
Elfriede Maluche
geb. Melzer
Vermählte.

Namslau, den 7. September 1921.

Statt Karten.

Für die uns zu unserer **Hochzeit** dargebrachten **Glückwünsche** und **Geschenke** sagen wir unseren **herzlichsten Dank.**

Richard Schleifer und **Frau Emma** geb. Jendrezki.

Braugerste

kauft zu höchsten Tagespreisen

Brauerei A. Haselbach.

Die Verlobung unserer Tochter **Johanna** mit Herrn **Fritz Halangk** beehren wir uns anzuzeigen.

Paul Bautz u. Frau
Wilhelmine geb. **Menzel.**

Johanna Bautz
Fritz Halangk
Verlobte.

Namslau, im September 1921.

Für die Aufmerksamkeiten anläßlich unserer **Verlobung danken wir herzlichst.**

Strehlitz, im September 1921

Josef Kupietz,
Agnes Götzner.

Namslauer Lichtspiele.

Grimm's Hotel.

Heut, Mittwoch, 14. Sept. 1921, 5 u. 8 Uhr

Musik von Herrn Bochnig.

Die Tragödie eines Großen.

6 schicksalschwere Akte nach einer Idee v. Paul Gruner.

Rembrandt	Carl de Vogt
Nisky	Dora Bergner
Saskia	Sybill Moral
Hendrickje	Eva Eruth

Stierkampf. 1 Akt.

Donnerstag, den 15. September 1921

Gänse- und Enten-Abendbrot.

Brauerei-Ausschank. Müller.

Der **Generalvertrieb** meiner

Moden-Zeitung

(3 verschiedene Ausgaben)

für den Kreis **Namslau** an fleißige, intelligente **Dame,** evtl. auch an tüchtigen Herrn als

Haupt- oder Nebenerwerb

zu vergeben. Erforderlich sind 1—3000 Mark.

Arthur Czerwonka,
Kunst- und Reklameverlag
Breslau I, Alte Taschenstraße 1a.

Platz-Vertreter

vertrauenswürdig und arbeitsfreudig, von Versicherungs-Akt.-Ges. für die Feuer- u. Nebenbranchen **gesucht.** Höchste Provision und Einrichtung in die Branche wird gewährleistet. Bewerbungen befördert unter **Nr. 2864** die Geschäftsstelle dieses Blattes.

---

100 Mk. Belohnung!

Derjenige Herr, der am **22. Juni d. Js.** beim **Pferdetausch** auf dem Ringe in Namslau zugegen war und die Worte äußerte: **„Nehmen Sie den Schimmel, ich kenne ihn, er ist vom Lehrer aus Klein-Waltersdorf“,** wird gebeten seine Adresse an **Oberlandjäger Neide, Obischau** zu senden.

Jeden Freitag

frische Seefische.

Soeben eingetroffen:

Gemüse- u. Früchte-Conserven

neuester Ernte.

Ferner empfehle

feinsten geräucherten Aal, Bücklinge etc.

sowie

feinsten Tafel-Käse,
Neues Sauerkraut, saure Gurken.

Rudolf Wünsch

Erstes Spezial-Geschäft am Platze für nur feinste geräucherte Fischwaren, Delikatessen, Südfrüchte.

Ring 16. Tel. 307.

Ich komme bestimmt

Mittwoch, den 14. Sept. u. kaufe **nur von 9—12 Uhr in Namslau, im Hotel Goldene Krone, Zimmer Nr. 5**

alte, künstliche, auch zerbrochene

Zahngebisse.

Bezahle **allerhöchste Preise,** kein Zahn unter 5 Mk., evtl. pro Zahn **bis 25 Mk.** Deshalb versäume Niemand diese günstige Gelegenheit.

Robert Endtricht, aus Görlitz

Ich benötige für **oberschlesische Gruben- u. Hüttenverwaltungen größere Posten**

Heu, Stroh, Kraut, Hafer und Speisekartoffeln

(ca. 300,000 Ctr.) und bitte um Angebot.

Erich Oppenberg, Carlsruhe OS.

Telefon 20.

Leute

stellt noch ein

Dampfziegelei Böhmwitz.

Maurer,

evtl. auch **mit Polier,** für dauernde Arbeit — auch für den Winter — zu Siedelungsbauten **gesucht.** Stundenlohn 6.50 Mk. Meldungen mit Angabe der Anzahl an

Baumeister Brückner,
Hirschberg i. Schl.

Ein dunkelgrün. Plüschsopha, ein dunkelroter Plüschteppich, 1 Bettstelle mit Patentmatratze, eine Gaszuglampe stehen zum Verkauf bei

Rapke, Hospitalstr.

Feinsten Rübensyrup
empfiehlt
Fritz Melzer.

Schul-Atlas

(Lange-Dierke)
zu haben in
O. Opitz Buchhandlung.

Klein. gelber Hund
zu verkaufen bei
Pätzold, Klosterstr. 33.

1½ Löffel Zucker

werden durch eine Süßstoff-Tablette ersetzt. Ganz vorzüglich zum Süßen von Kaffee, Kakao, Tee usw. Billig und bekömmlich.

Schachtel mit 100 200 und 500 Stück
zu M. 1.40 2.60 u. —

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken

Bitte eingegangene Offertenbriefe abholen: M. M. — M. H. — S. B. A. H. H. S. — O. P. — P. M. 98 H. T. Z. — Nr. 50.

Expedition des Namslauer Stadtblattes.

Ich warne

Jedermann vor Weiterverbreitung der von Frl. Emma Fabian über mich ausgestreuten, sich als Lügen herausgestellten schweren Beschuldigungen.

Gegen Weiterverbreiter gehe ich unnachsichtlich vor.

Frau Marie Lorenz.

Diejenige Person, welche am Sonnabend auf dem Ringe meine **braune Markttasche** mitgenommen hat, wird ersucht, dieselbe bei Spätlich abzugeben.

Frau **Titze,** Jakobsdorf

Nachlaß-Versteigerung.

Am **Sonnabend, 17. d. Mts., vorm. 9½ Uhr** werden **Kirchstr. 13** freiwillig

2 Zimmereinrichtungen und Kücheneinrichtung

einzeln versteigert.

Tanzstunde!

Unser nächster **Tanzzirkel** einschl. **Anstandslehre** und der **modernen Tänze** in **Namslau** u. für die **Umgegend** beginnt am **Dienstag, den 27. Sept. abends 7½ Uhr** im **Hotel Gold. Krone.** — Persönliche Anmeldungen nehmen wir am **27. d. Mts. von 4—6 Uhr** oder vor **Beginn des Unterrichts** entgegen.

Hans Höpfner u. Frau,
Liegnitz, Tel. 2927.

Einf. Näharbeit u. Ausbessern nimmt an
Fr. Mücke, Wilhelmstr. 2.

Kupfervitriol
empfiehlt
Fritz Melzer.

Das Geheimnis

frische und gute

Butter

in reichlichem Maße zu erzielen, erfahren Sie gegen Einsendung von **Mk. 6.60** von **Willy. Haasis,** Vertrieb chem.-techn. Erfindungen, **Lübben** N./L.

Garantiert fettdichtes

Pergamin-Papier

(Butterbrotpapier)
in Rollen zu 100 Blatt und in Bogen empfiehlt
Papierhandlung O. Opitz.

Eine gut erhaltene

Zimmer-Einrichtung,

Eiche furniert, steht zum Verkauf. Zu erfr. bei

Gebel.

---

1 Britschke,
1 Fleischerwagen

stehen zum Verkauf

E. Kynast,
Wb.-Marchwitz.

Lohnbeutel

mit und ohne Aufdruck

empfiehlt

Buchdruckerei O. Opitz.

Gute alte Geige

zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Neues Sauerkraut

wieder angekommen.

Fritz Melzer.

Stralsunder Spielkarten

mit und ohne Etuis,
ständig am Lager
Buchhandlung O. Opitz.

Schmiedegeselle

für sofort oder später gesucht
Karl Schön, Schwitz.

Verh. Kutscher

gesucht.

Oscar Tietze.

Jungen Mann

zu Pferden und Landarbeit stellt sofort ein

W. Pätzold,
Klosterstr. 33.

Für mein Geschäft suche ich per 1. Oktober

1 Lehrfräulein

unter günstigen Bedingungen.

B. Friedrich.

Anständiger Herr, 22 Jahre, sucht per 1. Oktober

möbl. Zimmer

mit Bett, möglichst mit Pension. Zuschr. u. **F. K. 100** an die Exp. d. Bl.

Nebst 1 Beilage

Beilage zu Nr. 73 des „Namslauer Stadtblattes“

Namslau, Mittwoch, den 14. September 1921.

höhung der Lebensmittel der Landwirtschaft die Schuld geben will. Man darf nie vergessen, daß schon vor dem Kriege die deutsche Bevölkerung so gewachsen war, daß sie nicht restlos von der heimischen Bevölkerung ernährt werden konnte. Verschärft wird dieses Mißverhältnis noch durch den Verlust der agrarischen Ueberschußgebiete im Osten Deutschlands und durch den infolge der Kriegsnot entstandenen Rückgang der Landwirtschaft. Infolgedessen ist der Prozentsatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, welcher aus dem Auslande bezogen werden muß, in den letzten Jahren bedeutend gestiegen und wird in diesem Jahr bei der schlechten Kartoffel- und Futtermittelernte auf gewissen Gebieten weiter wachsen. Da aber für die Einfuhr der Weltmarktpreis gezahlt werden muß, ist es kein Wunder, daß jetzt das ausländische Getreide und das ausländische Fett und Fleisch etwa 20 mal soviel wie im Frieden kosten, denn die Mark ist ja nur noch wenig mehr als fünf Goldpfennig wert. Nun stammt auch noch ein großer Teil der von der deutschen Landwirtschaft erzeugten Produkte indirekt aus fernen, meist transozeanischen Ländern, weil große Mengen von Viehfutter und Phosphorsäuredünger wieder wie in der Vorkriegszeit importiert werden müssen, um die Belebung unserer geschwächten Viehhaltung und die Anreicherung der verarmten Böden zu ermöglichen. Diese Abhängigkeit vom Auslande hat die Preissteigerung der im Inlande erzeugten Produkte zur natürlichen Folge; ist doch auch die Industrie bei der Festsetzung der Preise von der Höhe derjenigen Preise abhängig, die sie selbst für die Produktionsmittel auf dem Weltmarkt hat zahlen müssen. Kurz, die Preisentwicklung drängt dahin, daß in der Bewertung aller Produkte zueinander wieder das natürliche Vorkriegsverhältnis eintritt. Bei einem Lande wie Deutschland, das auf die Weltwirtschaft angewiesen ist, das Nahrungsmittel und industrielle sowie landwirtschaftliche Rohstoffe zu importieren und industrielle Fertigfabrikate zu exportieren gezwungen ist, müssen sich die Inlandspreise den Weltmarktpreisen angleichen. Erst nachdem dies geschehen ist, kann ein Stillstand in der Preissteigerung eintreten. Und dann hängt alles von dem Stande der Mark ab; ihn zu halten und zu festigen ist die wichtigste aller wirtschaftspolitischen Aufgaben und das letzte Ziel der Reichsfinanzreform.

Wenn aber dieser Uebergang zu den Weltmarktpreisen bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen jetzt allgemein als schwer drückend empfunden wird, so liegt das daran, daß man mit der Angleichung viel zu lange gewartet hat. Bei anderen Verbrauchsartikeln — Bekleidungsgegenständen, Möbeln, Gerätschaften und dergl. — ist die ungefähre Annäherung an den Weltmarktpreis bald nach Kriegsende erfolgt; bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen jedoch hat man die Zwangswirtschaft mit ihren künstlich tief gehaltenen Preisen bis in dieses Jahr beibehalten, weil man dies im Interesse der Konsumenten für zweckmäßig hielt. Nun offenbart sich, daß man landwirtschaftlichen Gesetzen auf die Dauer keinen Zwang antun kann, weil sie mächtiger sind als papierne Verordnungen. Nichts anderes bleibt jetzt dem Staat mehr übrig, als zu versuchen, den Preis wie das Umlageverfahren beim Getreide — für die Konsumenten so erträglich wie möglich zu gestalten. Besonders wichtig ist es aber, alles zu vermeiden, was die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere ihre Intensivierung, schädigt, da sonst die Menge der im Inlande erzeugten Nahrungsmittel immer mehr hinter der Nachfrage zurückbleibt und durch einen wachsenden Import aus dem Auslande ergänzt werden muß. Das würde dann eine Verschlechterung der Handelsbilanz und eine neue Entwertung der Mark — also ein weiteres Steigen aller Preise bedeuten. Deshalb müssen auch unbedingt die jetzt von der Reichsregierung vorgelegten Steuergesetzentwürfe, welche eine Intensivierung der Landwirtschaft erschweren, geändert und ihrer schädlichen Rückwirkungen entkleidet werden. Eine Belastung der Produktion über die Grenze des Erträglichen und daher volkswirtschaftlich Vernünftigen hinaus ist vom Uebel; eine solide Steuerpolitik muß an die Erträge anknüpfen.

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Copyright 1917 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

(Nachdruck verboten.)

3. Fortsetzung.

Mit dem Augenblick, da er Majoratsherr von Lossow wurde, stand es bei ihm fest, daß der lästige Bruder aus dem Wege geräumt werden müsse, damit er ihm nicht etwa auf der Tasche lag. Mißgünstig hatte er jeden Pfennig nachgerechnet, den der Vater Fritz hatte zukommen lassen, trotzdem er als Majoratserbe vom Schicksal ohnedies bevorzugt war. — Kuno hatte sich niemals Gewissensbisse darüber gemacht, daß er seinem Bruder damals kurzerhand die Tür gewiesen. Er entschuldigte sich damit, daß er für seine Familie einzustehen habe, und behauptete, sein Vater habe Lossow schlecht bewirtschaftet und zugunsten seines zweiten Sohnes mehr Geld herausgezogen, als er durfte. Das war jedoch nicht der Fall, obwohl Kuno fest daran glaubte. Er schob auch jetzt noch seine Kalamitäten auf diesen Ursprung zurück; er wollte nicht eingestehen, daß er selbst daran schuld war, weil er mit seiner Familie auf zu großem Fuße lebte. Jedenfalls wäre es ihm sehr angenehm gewesen, wenn sein Bruder nie wieder aufgetaucht wäre. — Und nun dieser Brief! — Kuno von Lossow war maßlos empört über den Inhalt desselben. Er hätte es viel richtiger gefunden, wenn Fritz verhungert wäre, statt sich in der geschilderten Weise am Leben zu erhalten. Man denke nur: ein Freiherr von Lossow der sich mit der schmutzigen Wäsche anderer Leute befaßte! Einfach unerhört! Wie tief mußte sein Bruder gesunken sein! Wenn er wirklich keinen Revolver mehr besessen hatte, um seinem verpfuschten Leben ein Ende zu machen, dann hätte es doch noch andere Todesstrafen gegeben! Das schimpflichste Ende wäre anständiger gewesen, als eine so plebejische Lebensmöglichkeit! — Und dann hatte er diese Wäscherin geheiratet; sie hatte ihm Kinder geschenkt, die ein Recht hatten, sich Freiherrin und Freiherr von Lossow zu nennen! Schauderhaft — ganz schauderhaft! — Zu Gelde schien er freilich doch noch gekommen zu sein. Wenn er aus seinen Fabriken eine Aktiengesellschaft machen wollte, mußten seine Geschäfte doch einen großen Umfang haben. Und nun wollte er sich in der alten Heimat eine Besitzung kaufen. Dazu gehörte auch Geld. Aber wie war dieses Geld erworben worden? Entsetzen über diesen Menschen, der sich sein Bruder nannte! — Und dieser gewissenlose Mensch wollte sich wohl gar hier in nächster Nähe niederlassen? Was dachte er sich denn? Besaß er denn gar kein Schamgefühl mehr? Mit einer solchen Vergangenheit ist man doch unmöglich in guter deutscher Gesellschaft — ganz unmöglich! Wie sollte man sich nur zu ihm stellen? Ihn einfach ignorieren?

Stadtblatt- und Kreisblatt-Abonnementzettel zur Postbestellung!

Bitte ausschneiden und ohne Briefmarke in den Briefkasten werfen oder dem Briefträger übergeben.

Stadtblatt-Abonnementzettel.

An

das Postamt

in Namslau.

Kreisblatt-Abonnementzettel.

An

das Postamt

in Namslau.

Aber ging denn das? Würde trotzdem nicht alle Welt wissen, daß dieser Fritz von Lossow der Bruder des Majoratsherrn von Lossow war — derselbe Fritz Lossow, der damals vor die Hunde gegangen? Man würde nachforschen, wie er zu seinem Vermögen gekommen war. Und dann würde allerlei durchsickern — von Seife — Wäsche! — — — — — — — Kuno von Lossow zog sein seidenes Taschentuch, und trocknete den Schweiß von der Stirn. An das, was ihm bei alledem die meiste Sorge machte — wie Onkel Heribert nach dem Wiederauftauchen seines Neffen Fritz testieren würde — wagte er gar nicht zu denken. — In seiner Ratlosigkeit und namenlosen Bestürzung faßte er die eng beschriebenen Briefbogen zusammen und eilte damit in die Zimmer seiner Frau. — Er lief im Sturmschritt, wie er nie zu laufen pflegte. Ein Diener, der draußen auf dem Gang Türschlösser putzte, sah ihm ganz verwundert nach, als er mit fliegenden Rockschößen den langen Korridor hinabeilte. So hatte er seinen Herrn noch nie laufen sehen. — Atemlos von der ungewohnten Eile trat Kuno unangemeldelt bei seiner Gattin ein. Sie saß in ihrem Salon am Fenster und blätterte in Modejournalen. — Erstaunt blickte sie auf; als sie in sein verstörtes Gesicht sah, rief sie erschrocken: „Mein Gott, so sprich doch — was ist geschehen? Hast du schlechte Nachrichten von Botho?" — „Nicht schlechter als sonst. Aber von anderer Seite habe ich schlechte Nachrichten — denke dir — mein Bruder Fritz — er lebt — hier ist ein Brief von ihm." — Frau von Lossows Gesicht bekam einen eisigen abwehrenden Ausdruck. — „Ah — von ihm — also ist er nicht tot?" — Das klang, als mache sie ihrem Mann einen Vorwurf darüber, daß sein Bruder noch lebte. — „Nein, er ist nicht tot, Helene," antwortete ihr Gatte seufzend. — „Nun — und? Er will wohl Geld von dir haben, nicht wahr?" — Er schüttelte den Kopf. — „Nein, nein, das nicht — aber — nun, ließ nur selbst — ich kann es nicht aussprechen, was dieser Brief enthält — es ist zu furchtbar!" — Mit bebender Hand reichte er ihr den Brief und strich dann in nervöser Hast über seinen Scheitel, als fürchte er, seine Aufregung könne denselben in Mitleidenschaft gezogen haben." — Frau Helene nahm eilig ihr Lorgnon und begann zu lesen. — Ihr Gedanke war die Frage an das Schicksal, ob ihrem Gatten in dem wieder auftauchenden Bruder ein Miterbe erstehen könne. Das war ihre Hauptsorge. Sie las den Brief hastig durch, schüttelte dabei einige Male wie unwillig den Kopf und verzog das Gesicht zu einem verächtlichen Ausdruck. Als sie zu Ende gelesen, rief sie empört: „Mein Gott, wie kann ein Freiherr von Lossow soweit heruntergekommen! Das ist ja fürchterlich! — Ihr Gatte nickte. — „Ich bin ganz fassungslos vor Entrüstung." — Eine Weile sahen sie sich schweigend an — die beiden kalten Augenpaare schienen zu erstarren. Dann aber kam Frau von Lossow plötzlich ein Gedanke, der ihr nicht unangenehm schien. Sie beugte ihre stattliche Gestalt vor. — „Du wirst natürlich diesen Brief heute Nachmittag mitnehmen und ihn Onkel Heribert vorlegen, Kuno." — Er atmete beklommen. — „Ja — man kann es ihm natürlich nicht verschweigen — da doch mein Bruder eines Tages hier auftauchen wird. O, Onkel Heribert wird auch maßlos empört sein, obgleich Fritz früher einen Stein bei ihm im Brett hatte, trotz seines Leichtsinns." — Frau Helenes Augen bekamen einen stechenden Glanz. — „Ich hoffe, daß er empört ist — ich hoffe es sehr?" sagte sie mit Nachdruck. — Ihr Gatte sah sie fragend an. — „Ja — hm — tjah," sagte er, wie stets, wenn er begriffsstutzig war und etwas nicht verstand. — „Sehr hoffe ich das!" betonte Frau Helene noch einmal mit Nachdruck. — „Hm! Wie meinst du das, liebe Helene?" — Sie sah ihn sonderbar an. — „Begreifst du nicht, Kuno? Wenn dieser Bruder jetzt auftaucht, dann kann es uns doch nur lieb sein, wenn Onkel Heribert sich ihm sofort feindlich gegenüberstellt. Wenn er aus diesem Briefe ersieht, wie unwürdig dein Bruder sich seines Namens gezeigt hat, dann wird es ihm doch nicht einfallen, ihn in seinem Testament zu bedenken!" — Kuno atmete tief auf und in seine Augen trat ein flackerndes Licht. — „Ach so! Ja — richtig — von dieser Seite betrachtet — du bist doch eine kluge Frau, Helene. Natürlich von dieser Seite betrachtet, kann es uns gewissermaßen nur lieb sein, wenn — hm — tjah — wenn — wahrhaftig — da hast du recht. Ich bekam einen furchtbaren Schreck, als ich plötzlich — wir hatten kaum von der Möglichkeit gesprochen — diesen Brief in der Hand hielt. Natürlich dachte ich auch sofort an Onkel Heribert — an die Erbschaft — aber auf den Gedanken, den du da aussprichst, kam ich nicht. Aber du hast recht — du hast recht! Onkel Heribert kann doch unmöglich Lemkow einem Menschen vermachen, der — hm — der sich — ach pfui — mit schmutzigen Wäsche — unmöglich — ganz unmöglich —." — Frau von Lossow hielt ihr Riechfläschchen an die Nase und blickte vornehm an derselben entlang. — „Ja — schrecklich — so eine schmutzige Geschichte. Und doch — wie die Sache liegt — es kann uns nur lieb sein, daß sich dein Bruder so unmöglich gemacht hat. Entsetzlicher Gedanke, daß er uns eines Tages mit seinen Kindern in den Weg treten könnte — mit den Kindern einer Wäscherin. Du mußt ihm begreiflich machen, daß wir nichts mit ihm zu tun haben wollen, daß wir uns vollständig von ihm lossagen. Soviel Einsicht scheint er doch noch zu haben, daß er das schon voraussieht. Das geht ja aus seinen Worten hervor. Mein Gott, wenn Botho und Gitta von dieser Verwandtschaft hören — sie werden außer sich sein!" — Kuno von Lossow strich nervös über seinen Scheitel. — „Hm — tjah — vielleicht können wir es vor ihnen geheimhalten. Vorläufig dürfen sie jedenfalls nichts wissen. Aber Onkel Heribert muß es natürlich sofort erfahren. Ich werde ihm sagen, daß ich von ihm erwarte, daß er sich lossagt von dem Unwürdigen, der unsern guten alten Namen mit Schmach bedeckt hat! Onkel Heribert ist auch ein Lossow und, Gott sei Dank, sehr stolz auf die Reinheit unseres Namens. Er muß sich von diesem Unwürdigen lossagen." — „Ja, ja — mache nur kein Hehl aus deiner Entrüstung, hörst du? Onkel Heribert darf nicht eine Minute im Zweifel darüber sein, daß wir mit diesem Menschen nichts gemein haben. Dein Bruder hat sich selbst aus seinen Kreisen verbannt, nun mag er auch außerhalb derselben leben. Ich finde es schamlos von ihm, daß er hierher zurückkehren will. Hat er fünfundzwanzig Jahre drüben in Amerika gelebt, konnte er es auch ferner tun."

(Fortsetzung folgt.)

Ich Endesunterzeichneter bestelle hiermit das Abonnement für das

Namslauer Kreisblatt

für das vierte Vierteljahr (Monate: Oktober, November, Dezember) zum Postzustellungspreise von 6,30 M.

, den ten September 1921.

(Ort) .....

(Unterschrift.)

Ich Endesunterzeichneter bestelle hiermit das Abonnement für das

Namslauer Stadtblatt

für das vierte Vierteljahr (Monate: Oktober, November, Dezember) zum Postzustellungspreise von 6,30 M.

, den ten September 1921.

(Ort) .....

(Namensunterschrift.)